



Frage 1: Worin besteht Ihrer Meinung nach Optimierungsbedarf in der Sicherheitsarchitektur im Freistaat Sachsen?



Der Freistaat Sachsen ist ein sicheres Bundesland – das haben nicht zuletzt die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik für den Freistaat Sachsen 2023 gezeigt. Dies ist der guten Arbeit der sächsischen Polizeibehörden zu verdanken. Gleichzeitig manifestiert sich in der PKS unter anderem aber auch ein Trend „im Kleinen“, der sich „im Großen“ (EU- und Bundesebene) schon länger abzeichnete, nämlich die Verlagerung von Kriminalität vom Analogen ins Digitale sowie ein Anstieg von Hasskriminalität. Für uns als CDU ist klar, dass sich die Sicherheitsarchitektur im Freistaats stets an diesen aktuellen Entwicklungen messen müssen. Obwohl wir den Status Quo der Sicherheitsarchitektur für effizient und handlungsfähig halten, sehen wir einen Optimierungsbedarf an zwei Stellen:

Zum einen brauchen wir eine stärkere Schlagkraft gegen Cyberkriminalität und im Bereich der Spionageabwehr. Deshalb setzen wir uns für die Gründung eines sächsischen Cyber-Resilienz-Zentrums ein und wollen das Sächsische Cybercrime Competence Center (SN4C) der Polizei stärken und weiterentwickeln.

Zum anderen brauchen wir eine engere Verzahnung zwischen der Landespolizei und anderen Sicherheitsbehörden – insbesondere dem Landesamt für Verfassungsschutz – und der Justiz, um aktuellen Bedrohungsdynamiken durch Extremisten gerecht werden zu können. Dazu gehört auch, unsere Sächsische Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz rechtlich so auszustatten, dass sie dürfen, was sie dürfen müssen. Sie sind zentrale Bausteine unserer Sicherheitsarchitektur. Daher fordern wir Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchung.



Frage 1: Worin besteht Ihrer Meinung nach Optimierungsbedarf in der Sicherheitsarchitektur im Freistaat Sachsen?



Die Menschen in Sachsen sollen auch in Zukunft in Stadt und Land sicher leben. Dafür braucht es verlässliche Strukturen. Das beginnt bei der Polizei, der die Bürger:innen vertrauen können müssen. Wir wollen sie modern und gut ausstatten. Hierfür nehmen wir vor allem die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in den Blick. Wir werden Ausbildung und Studium bei der Polizei modernisieren und die Qualität weiter steigern. Seit die SPD in Regierungsverantwortung ist, werden wieder mehr Menschen bei der Polizei ausgebildet. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dazu auch europäische Bewerber:innen ansprechen, denn gerade in den Grenzregionen und in der Fläche braucht es eine wahrnehmbare Polizei und gut ausgebildete Bürgerpolizist:innen. Die sächsische Polizei ist auch sichtbarer Rechtsstaat. Deshalb wollen wir ihre Rolle und ihre Verantwortung im Rahmen der Maßnahmen des Gesamtkonzepts gegen Rechtsextremismus stärken und weiter forschreiben. Es braucht mehr Zusammenarbeit zwischen Polizei, Kommunen bzw. Kommunalen Behörden und dem Landesamt für Verfassungsschutz, um rechtsextreme Strukturen zu zerschlagen und Verfassungsfeinde zu entwaffnen. Sich ständig erneuernden Kriminalitätsbereichen wie Cybercrime werden wir mit der Fortsetzung spezialisierter Ausbildung und Fortbildung sowie Stärkung der polizeilichen Forschung begegnen.



Frage 1: Worin besteht Ihrer Meinung nach Optimierungsbedarf in der Sicherheitsarchitektur im Freistaat Sachsen?



Das größte Defizit besteht aus Sicht der Partei Die Linke aktuell darin, dass schlichtweg kein nachvollziehbarer sicherheitspolitischer Gesamtansatz existiert. So ist die offizielle Strategie der sächsischen Polizei inzwischen mehr als sieben Jahre alt. Sie stammt vom vor-vorletzten Innenminister und ist weit hinter die gesellschaftlichen Entwicklungen zurückgefallen. In Wirklichkeit wird die Sicherheitspolitik in Sachsen längst „bewirtschaftet“ wie jedes andere Politikfeld, nämlich nach Kas-senlage. Das zieht es nach sich, dass die Polizei – trotz der gestiegenen Zahl an Neueinstellungen – immer noch personell auf Kante genährt ist. Darauf lässt sich auf Dauer keine stabile Sicherheitsarchitektur gründen. Die Partei Die Linke tritt demgegenüber für eine Sicherheitspolitik ein, die den Schutz der Bevölkerung und ihrer Rechte in den Mittelpunkt stellt. Der Polizei kommt dabei zur Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität eine Schlüsselrolle zu. Sicherheit umfasst für uns noch mehr, nämlich die umfassende Gewährleistung sozialer Sicherheit, also die Schaffung guter Lebensbedingungen. Das muss auch nach „innen“ gelten: Eine funktionierende Sicherheitsarchitektur muss darauf gegründet werden, jenen Menschen gute Arbeitsbedingungen zu bieten, denen die Aufrechterhaltung der Sicherheit anvertraut ist. Dafür werden wir uns auch in der kommenden Wahlperiode einsetzen.



Frage 1: Worin besteht Ihrer Meinung nach Optimierungsbedarf in der Sicherheitsarchitektur im Freistaat Sachsen?



Sachsen ist grundsätzlich ein sicheres Bundesland. Gleichwohl bestehen aus BÜNDNISGRÜNER Sicht drei Problemfelder in der Sicherheitsarchitektur, auf die wir unser Augenmerk legen wollen. Das ist zunächst die Bekämpfung der stetig anwachsenden politisch motivierten Kriminalität vor allem im Bereich Rechtsextremismus. Durch das Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus wurde bereits in der letzten Legislaturperiode ein ganzheitlicher Ansatz entwickelt, der nun fortgeschrieben werden muss. Im Bereich der Sicherheitsbehörden bedeutet das vor allem ein Fokus auf die Entwaffnung von Verfassungsfeinden. Zudem fehlt es unserem Eindruck nach bislang auf kommunaler Ebene teilweise an Sensibilität für die Vulnerabilität von IT-Systemen. Einige Angriffe auf die Infrastruktur gerade von Landkreisen und deren verheerende Folgen sind in den letzten Jahren bekannt geworden. Hier braucht es auch in Sachsen dringend ein Nachsteuern und einen Bewusstseinswandel auch innerhalb der kommunalen Behörden. Der dritte Problemkreis ist die Wahrnehmbarkeit der Polizei in der Fläche. Hier drängen wir BÜNDNISGRÜNE auf mehr Bürgerpolizisten, die durch die Nähe zu Einwohner\*innen und ihre Ansprechbarkeit das subjektive Sicherheitsgefühl stärken und gegebenenfalls Konflikte vor ihrer Eskalation entschärfen sollen.



Frage 1: Worin besteht Ihrer Meinung nach Optimierungsbedarf in der Sicherheitsarchitektur im Freistaat Sachsen?

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

Unsere Partei steht für eine bürgernahe Polizei, deren vornehmste Aufgabe der Schutz der Bürger- und Menschenrechte ist. Dazu muss sie sowohl personell angemessen ausgestattet sein als auch über einen für professionelles Handeln erforderlichen Ausbildungsstand und die entsprechende materielle sowie finanzielle Ausstattung verfügen.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 1: Worin besteht Ihrer Meinung nach Optimierungsbedarf in der Sicherheitsarchitektur im Freistaat Sachsen?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

Freie  
Demokraten  
**FDP**

AfD  




Frage 2: Welchen Stellenwert besitzt das Erfordernis zum Personalaufwuchs sowie die Förderung und Modernisierung der finanziellen, technischen und materiellen Ausstattung der sächsischen Polizei für Sie in der kommenden Legislaturperiode?



Den erforderlichen Personalaufwuchs bei der sächsischen Polizei haben wir zu einem der zentralen Themen dieser Legislaturperiode gemacht und das Versprechen von 1.000 neuen Polizisten für den Freistaat umgesetzt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es unser Ziel, den Personalkorridor stabil zu halten. Dieses Ziel wird auch durch die Ergebnisse der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen gestützt. Die Ergebnisse und Empfehlungen werden auch in Zukunft einen hohen Stellenwert für unsere Entscheidungen haben. Eine Modernisierung technischer und materieller Ausstattung sowie der räumlichen Unterbringung wollen wir in der nächsten Legislaturperiode über eine zielgerichtete Investitionsoffensive erreichen. Diese werden wir enger Abstimmung mit der sächsischen Polizei aufsetzen. Wir werden eine stärkere Flächenpräsenz der Polizei vorantreiben. Unser Ziel ist die Verdopplung der Bürgerpolizisten. Unser Maßstab sind die Ergebnisse der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen, deren Ziele wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen.



Frage 2: Welchen Stellenwert besitzt das Erfordernis zum Personalaufwuchs sowie die Förderung und Modernisierung der finanziellen, technischen und materiellen Ausstattung der sächsischen Polizei für Sie in der kommenden Legislaturperiode?



Seit 2014 haben wir als SPD den Personalabbau gestoppt und wieder Investitionen in die sächliche Ausstattung sowie Polizeistandorte gebracht. Wir haben die Stellenzahl für die Polizei an deren Aufgaben orientiert und so für mehr Personal gesorgt. Künftig soll eine solche Aufgabenanalyse laufend erfolgen, damit sich ein Sicherheitsabbau, wie er vor zehn Jahren unter schwarz-gelber Regierung geschah, nicht wiederholt. Dazu gehört auch die Fortschreibung der Evaluation des Personalbedarfs wie zuletzt durch die Fachkommissionen Polizei, unter Beteiligung der Personalvertretung und Gewerkschaften. Damit wir den aufgabenorientierten Personalbedarf auch decken können, werden wir uns für europaweite Anwerbekampagnen und eine spezielle Ausbildungsklasse einsetzen. Ziel muss es sein, dass die Gesamtheit der Einstellungen auch den Polizeidienst antritt. Aus- und Fortbildung sowie Studium wollen wir weiter modernisieren und die Qualität durch eine stärkere wissenschaftliche Basis erhöhen. Polizeistandorte und Ausbildungsstätten werden wir weiter sanieren. Dazu gehört für uns, alle bisherigen Ausbildungsstandorte zu erhalten und baulich zu ertüchtigen. Wir sorgen für eine moderne sächsische wie insbesondere technische Ausstattung.



Frage 2: Welchen Stellenwert besitzt das Erfordernis zum Personalaufwuchs sowie die Förderung und Modernisierung der finanziellen, technischen und materiellen Ausstattung der sächsischen Polizei für Sie in der kommenden Legislaturperiode?



Die Polizei Sachsen braucht einen langfristig stabilen Einstellungskorridor. Wichtiger als politisch veränderliche Zielgrößen ist es, dass dieser Korridor durchgehalten wird – als notwendige Absicherung angesichts vermehrter altersbedingter Abgänge, gegen die immer deutlicher werdenden Effekte des Arbeitskräftemangels, gegen die Verkleinerung des Felds der Bewerberinnen und Bewerber. Die Entwicklung der Polizei Sachsen ist für Die Linke nicht nur eine Frage der Zahl, sondern es geht auch um Qualität. Gerade wegen ihrer Bedeutung muss die Polizei hohen Ansprüchen genügen, und dafür braucht sie selbstverständlich eine angemessene Ausstattung. Worauf es dabei aus unserer Sicht ankommt: Die Polizei muss die Möglichkeit erhalten, sich auf das zu konzentrieren, was auch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ihr „Kerngeschäft“ ist – vor Ort sein, wenn man sie braucht, und Fälle lösen, wann und wo immer sie passieren. Wir halten es daher für eine Fehlentwicklung, die Landespolizei mit immer mehr zusätzlichen Aufgaben – wie etwa mit verstärkter Grenzsicherung, wie es der Ministerpräsident plant – zu überfrachten. Dadurch wird sie von den Kernaufgaben weg- und umso mehr an die Belastungsgrenzen herangeführt.



Frage 2: Welchen Stellenwert besitzt das Erfordernis zum Personalaufwuchs sowie die Förderung und Modernisierung der finanziellen, technischen und materiellen Ausstattung der sächsischen Polizei für Sie in der kommenden Legislaturperiode?



Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine angemessene Personal- und Sachausstattung der Polizei. Dabei ist nicht nur in die Ausstattung in den letzten Jahren viel Geld geflossen, auch der fatale Personalabbau wurde gestoppt und durch einen stetigen Personalaufwuchs ersetzt. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen den Weg einer aufgabenorientierten Personalplanung fortsetzen. Angesichts der derzeitigen und absehbaren Bewerber\*innenlage ist für uns daher eine Aufgabekritik von elementarer Bedeutung. Hierbei muss zudem beachtet werden, dass es nicht zu einem immer stärkeren Auseinanderfallen zwischen der Zahl der ausgebrachten Anwärterstellen und den tatsächlichen eingestellten Polizeibediensteten kommt. Entsprechend muss ein weiterhin hoher Einstellungskorridor mit konsequenter Evaluierung der Ausbildungsverläufe einhergehen, ebenso wie mit einer breit aufgestellten Nachwuchswerbekampagne, die stärker als bisher den Polizeiberuf als einen Dienst für die freiheitliche Demokratie in den Vordergrund stellt. Bei der materiellen Ausstattung legen wir Wert auf die notwendige Modernisierung der Technik der Polizei und auf die bauliche Erhaltung und Sanierung der Polizeistandorte.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 2: Welchen Stellenwert besitzt das Erfordernis zum Personalaufwuchs sowie die Förderung und Modernisierung der finanziellen, technischen und materiellen Ausstattung der sächsischen Polizei für Sie in der kommenden Legislaturperiode?

Antwort siehe Frage 1

Bündnis **Sahra Wagenknecht**



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 2: Welchen Stellenwert besitzt das Erfordernis zum Personalaufwuchs sowie die Förderung und Modernisierung der finanziellen, technischen und materiellen Ausstattung der sächsischen Polizei für Sie in der kommenden Legislaturperiode?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

**Freie  
Demokraten**  
**FDP**

**AfD**  




Frage 3: Wie stehen Sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung im Hinblick auf die steigenden Zahlen z.B. im Bereich Cybercrime und welche Möglichkeiten sehen Sie mehr Quereinsteigende zu attraktiven Konditionen einzustellen?



Für uns als CDU Sachsen sind zwei Dinge klar: Zum einen wissen wir um die stetige Spezialisierung des polizeilichen Gegenübers insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität und – damit einhergehend – die steigenden Anforderungen an die Polizistinnen und Polizisten. Zum anderen sehen wir, dass für die Schaffung und Stärkung einer ganzheitlich verstandenen Cyber-Resilienz im Freistaat eine gerade im Bereich der Cyberabwehr und Strafverfolgung eine (personal) gut aufgestellte Sächsische Polizei unerlässlich ist. Mit der in der Ausbildungs- und Studienreform vorgenommenen Fokussierung auf das Phänomen der Cyberkriminalität wird dem Anspruch einer Qualifizierung der sächsischen Polizistinnen und Polizisten aus unserer Sicht Rechnung getragen. Den geringen Anwärterzahlen in der Laufbahngruppe 2.1 für den Bereich Computer- und Internetkriminalitätsdienst durch Einstellungen von Quereinsteigern zu begegnen, halten wir allerdings nur für bedingt möglich: Der Markt für IT-Spezialisten ist hart umkämpft, den Fachkräften werden oft unüberbietbare Angebote gemacht, bei denen der öffentliche Dienst des Freistaats Sachsen selbst unter Ausnutzung möglicher Spielräume (Stufenvorwegnahme, Höhergruppierung), aber auch angesichts knapper Finanzmittel kaum mithalten kann. Zudem ist es aus unserer Sicht mindestens zweckdienlich, wenn die in der Laufbahngruppe 2.2 eingesetzten IT-Spezialisten über eine polizeiliche Vorbildung verfügen.



Frage 3: Wie stehen Sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung im Hinblick auf die steigenden Zahlen z.B. im Bereich Cybercrime und welche Möglichkeiten sehen Sie mehr Quereinsteigende zu attraktiven Konditionen einzustellen?



Cyberkriminalität, d.h. zahlreiche und unterschiedliche Deliktsfelder, bei denen u.a. das Internet verwendet werden oder die IT-Systeme zum Ziel haben, stellt unsere Gesellschaft vor stetig neue Herausforderungen. Die bisherige Digitalstrategie der Polizei muss daher ausgebaut werden, mit Blick auf die Polizeiarbeit in diesem Kriminalitätsfeld. Die spezialisierte Ausbildung der Cyber-Cops werden wir fortsetzen, erlangte Fachexpertise (insbesondere im SN4C) langfristig halten und im Bereich der Hasskriminalität im Netz auf weitere Sensibilisierung der Polizeireviere vor Ort setzen. Die Ausstattung und Austauscharbeit des SN4C werden wir weiterentwickeln, denn davon profitiert die Polizeiarbeit im gesamten Freistaat. Die Polizei konkurriert im Cyberbereich mit der Wirtschaft um versierte Fachkräfte. Bisherige Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs kommen auch Anwerbungen dieser umworbenen Fachkräfte zu Gute, wie die Einführung einer pauschalen Beihilfe zur gesetzlichen Krankenversicherung. Als SPD haben wir uns dafür eingesetzt, dass es in Sachsen künftig zu einer grundlegenden Reform des Besoldungssystems kommen wird, in deren Rahmen wir uns für eine angemessene Besoldung guter Polizeiarbeit, gerade auch im IT-Bereich und attraktiv für Fachexpert:innen IT, einsetzen werden. Dazu gehört auch, dass wir für besonders belastende Tätigkeiten (bspw. im KiPo-Bereich, der oftmals Überschneidungen zum Cybercrime hat) besondere Besoldungsinstrumente einführen werden. Wir werden uns für eine spezielle Anwerbekampagne einsetzen.



Frage 3: Wie stehen Sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung im Hinblick auf die steigenden Zahlen z.B. im Bereich Cybercrime und welche Möglichkeiten sehen Sie mehr Quereinsteigende zu attraktiven Konditionen einzustellen?



Für Die Linke ist die Möglichkeit zur Spezialisierung ein wichtiger Schlüssel zur gelingenden Kriminalitätsbekämpfung, die schon in der Ausbildung ermöglicht und gefördert werden muss. Daher halten wir die Schaffung von Sonderlaufbahnen wie den Computer- und Internetkriminalitätsdienst für einen richtigen Schritt. Allerdings schlägt gerade hier der Fachkräftemangel spürbar zu. Entscheidend ist es aus unserer Sicht, ganz generell bestehende Fachkräftepotenziale besser zu nutzen, etwa durch die gezielte Förderung von Frauen und durch eine stärkere Öffnung der Ausbildung für Bewerberinnen und Bewerber aus Ländern der Europäischen Union. Darüber hinaus muss ein dauerhaft attraktives Arbeitsumfeld geboten werden, um neben der freien Wirtschaft bestehen zu können. Und schließlich müssen – gerade um Quereinsteigende zu gewinnen – starre beamtenlaufbahnrechtliche Regelungen auf den Prüfstand.



Frage 3: Wie stehen Sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung im Hinblick auf die steigenden Zahlen z.B. im Bereich Cybercrime und welche Möglichkeiten sehen Sie mehr Quereinsteigende zu attraktiven Konditionen einzustellen?



Cybercrime umfasst als Sammelbegriff eine Vielzahl unterschiedlicher Delikte und Deliktarten. Dazu gehört neben der herkömmlichen Kriminalität, für die digitale Tatmittel verwendet werden auch Angriffe auf IT-Netzwerke. Um dieser Herr zu werden sind wir BÜNDNISGRÜNE der Meinung, dass es einer ganzheitlichen polizeilichen Digitalstrategie bedarf. Zudem wollen wir den Fokus darauf richten, dass Bedienstete aus dem Schwerpunkt Computer- und Internetkriminalität vor allem auch in diesem Bereich eingesetzt werden und Anreize geschafft werden, damit sie in dem Bereich verbleiben. Gleichzeitig bedarf es einer grundlegenden Reform des Besoldungssystems, um gerade auch Berufe mit IT-Schwerpunkten im öffentlichen Dienst attraktiv zu machen. Hierzu hat der Landtag die Staatsregierung bereits zur Vorlage einer entsprechenden Neustrukturierung aufgefordert. Aus unserer Sicht braucht es eine hierbei eine eigene Besoldungsordnung-IT. Einen ersten Schritt für die Erhöhung der Attraktivität für Quereinsteigende haben wir bereits mit der Einführung der pauschalen Beihilfe in dieser Legislaturperiode geschaffen. Aufgrund unseres Engagements ist es Beamten\*innen zukünftig möglich, ohne Nachteile in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert zu bleiben. Auch wollen wir die Altersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis anheben. Zudem können wir uns vorstellen, die Besoldung in der Laufbahnguppe 2.2 nicht allein an die Übernahme von Führungsaufgaben zu knüpfen, sondern auch an besondere Fachexpertise.



Frage 3: Wie stehen Sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung im Hinblick auf die steigenden Zahlen z.B. im Bereich Cybercrime und welche Möglichkeiten sehen Sie mehr Quereinsteigende zu attraktiven Konditionen einzustellen?

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

Die Polizei muss in der Lage sein, auf sich verschiebende Schwerpunkte innerhalb der Kriminalitätsphänomene zu reagieren. Dazu gehört eine zu intensivierende Aus- und Fortbildung genauso wie die Möglichkeit der Einstellung von Quereinsteigern und deren Verbeamung, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Ihnen muss es möglich sein, innerhalb der Laufbahnen aufzusteigen. Darüber hinaus halten wir die Einbeziehung externen Wissens für unverzichtbar, weil die Polizei in einer zunehmend spezialisierten Welt nicht alle Kompetenzen selbst vorhalten kann.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 3: Wie stehen Sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung im Hinblick auf die steigenden Zahlen z.B. im Bereich Cybercrime und welche Möglichkeiten sehen Sie mehr Quereinsteigende zu attraktiven Konditionen einzustellen?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort





Frage 4: Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, die konsequente Bekämpfung des politischen Extremismus, organisierte Kriminalität sowie der kapitalen schweren Straftaten wirksamer zu gestalten?



Sowohl die organisierte Kriminalität als auch der politische Extremismus agieren zunehmend länderübergreifend, konspirativ und unter Einsatz modernster Technologien. Die dabei zum Einsatz kommende kryptierte Kommunikation lässt sich mittels „einfacher“ TKÜ oft nicht mehr entschlüsseln. Angesichts dieser Entwicklungen sind Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchungen aus unserer Sicht eine notwendige Bedingung für effiziente und erfolgreiche Ermittlungen. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass wir mit Extremisten und Akteuren aus der organisierten Kriminalität auf Augenhöhe kommen und sie langfristig wie auch zielführend bekämpfen. Wir fordern daher die Verankerung von Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchung im Polizeivollzugsdienstgesetz und im Verfassungsschutzgesetz. In beiden Bereichen scheint uns zudem zentral, die Geldflüsse und auf diese Weise die Strukturen hinter einzelnen Delikten offenzulegen.



Frage 4: Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, die konsequente Bekämpfung des politischen Extremismus, organisierte Kriminalität sowie der kapitalen schweren Straftaten wirksamer zu gestalten?



Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist zentral, wenn es um die Sicherheit in Sachsen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes geht. Mit Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogenem Hass werden wir uns als SPD nicht abfinden. Gesellschaft und Staat müssen solche Gefahren aktiv bekämpfen. Wir stehen dazu, dass Straftaten konsequent verfolgt werden. Die Zentrale Meldestelle für Hasskriminalität im Internet wollen wir als Kontaktstelle für Amts- und Mandatsträger:innen ausbauen und auch anonymisierte Meldungen ermöglichen. Politischer Extremismus und Organisierte Kriminalität haben sie prägende Überschneidungen. Es braucht hier eine angemessene Personal- und sachliche Ausstattung. Sonderarbeitsgruppen innerhalb der Polizei zu speziellen Phänomenbereichen legen wir in die Entscheidung polizeifachlicher Bewertung. Nach dem Konzept "Follow the money" werden wir die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Finanzbehörden, Kommunen und dem Landesamt für Verfassungsschutz stärken, um völkische Siedlungsprojekte, Immobilienkäufe und szenetypische (Musik-)Veranstaltungen als strukturenstärkende Säulen zu zerschlagen. Dafür setzen wir auch auf mehr Einbindung zivilgesellschaftlicher Expertise (vor Ort), die den Sicherheitsbehörden relevantes Wissen zur Verfügung stellen kann. Radikalisierungsprävention und Aussteigerprojekte wollen wir auch künftig fördern, hierfür stärken wir die Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA).



Frage 4: Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, die konsequente Bekämpfung des politischen Extremismus, organisierte Kriminalität sowie der kapitalen schweren Straftaten wirksamer zu gestalten?



Aus Sicht der Partei Die Linke besteht kein Zweifel daran, dass die Polizei Sachsen motiviert und in der Lage ist, schwere Straftaten wirksam zu bekämpfen und in strategisch wichtigen Deliktsfeldern effektiv vorzugehen. Allerdings müssen – gerade auch von politischer Seite her – entsprechende Prioritäten gesetzt werden, damit polizeiliche Ressourcen auch gezielt und gebündelt zum Einsatz kommen können. Diese klare Prioritätensetzung fehlt aus unserer Sicht. Stattdessen wird der Strauß an Aufgaben und Ansprüchen immer größer. Darüber hinaus ist eine wirksame Bekämpfung schwerer Straftaten natürlich nicht nur die Aufgabe der Polizei, sondern auch der Staatsanwaltschaften und der Gerichte. In der Praxis haben wir es hier mit immer schmäler werdenden Flaschenhälsern zu tun: Auf dem immer länger werdenden Weg von der Tat bis zum Urteil drohen Aufklärungserfolge der Polizei zu versanden. Das ist eine Demotivation für die Polizei – und eine Motivation für Täterinnen und Täter. Dieses Verhältnis muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden.



Frage 4: Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, die konsequente Bekämpfung des politischen Extremismus, organisierte Kriminalität sowie der kapitalen schweren Straftaten wirksamer zu gestalten?



Insbesondere im Bereich des politischen Extremismus und der organisierten Kriminalität gibt es Ähnlichkeiten und Überschneidungen, die einen gemeinsamen Ansatz rechtfertigen. Vor allem im Bereich der organisierten Kriminalität ist es essentiell, die Strukturen aufzudecken und nicht nur einzelne, szenetypische Delikte zu verfolgen. Auch halten wir in diesen Bereichen eine verstärkte und systematisierte Zusammenarbeit mit anderen Behörden, wie beispielsweise den Finanzämtern oder auch der Gewerbeaufsicht, für zielführend um die Netzwerke zu verstehen und offen zu legen. Hier sollte das Augenmerk auf die Zerschlagung der Strukturen gelegt werden, wobei insbesondere das „follow the money“-Prinzip stärker in den Fokus rücken sollte – mit dafür entsprechend geschulten Beamten\*innen. Zudem halten wir die Verstärkung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen in den entsprechenden Bereichen für gewinnbringend, da diese regelmäßig große Expertise besitzen.



Frage 4: Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, die konsequente Bekämpfung des politischen Extremismus, organisierte Kriminalität sowie der kapitalen schweren Straftaten wirksamer zu gestalten?

Aus unserer Sicht gehört dazu vor allem die erforderliche personelle und technisch /materielle Ausstattung. Wo erforderlich, müssen gesetzliche Regelungen angepasst werden. Für uns ist es jedoch wichtig, Freiheit und Sicherheit stetig in Balance zu halten. Wir lehnen einen übergriffigen Staat ab und legen Wert auf Verhältnismäßigkeit und das Gelten der universellen Unschuldsvermutung. Insofern muss jede Verschärfung der Eingriffsrechte gründlich abgewogen werden. Unser Ziel ist zudem eine intensivere Bekämpfung der Ursachen von politischer Radikalisierung. Dazu gehören der Ausbau unserer Demokratie, mehr sozialer Ausgleich und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen politischen Extremismus. Eine entscheidende Rolle kommt der Prävention in allen Bereichen unseres Gemeinwesens zu.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 4: Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, die konsequente Bekämpfung des politischen Extremismus, organisierte Kriminalität sowie der kapitalen schweren Straftaten wirksamer zu gestalten?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

**Freie  
Demokraten**  
**FDP**

**AfD**  




Frage 5: Welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Förderung einer besseren länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung für die nächste Legislaturperiode?



Sachsen liegt im Herzen Europas und ist daher für grenzüberschreitende Projekte und Zusammenarbeit geradezu prädestiniert. Als Sächsischer Union liegt uns die Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn Polen und Tschechien ganz besonders am Herzen. Daher werden wir die sächsische Fahndungspolizei stärken und die gemeinsame Fahndung mit den Nachbarländern ausbauen. Einen weiteren Schwerpunkt länderübergreifender Zusammenarbeit sehen wir zudem in gemeinsamen Ermittlungen gegen Intensivtäter und in dem Ausbau von Kontakten zu den polnischen und tschechischen Kollegen.



Frage 5: Welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Förderung einer besseren länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung für die nächste Legislaturperiode?



Anhand der Bedeutung des bestehenden Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit in der Ermittlungsarbeit mit anderen Länderpolizeien und der Bundespolizei sehen wir als SPD es als selbstverständlich an, dass Sachsen weiterhin eng mit anderen kooperiert und dafür die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen bestehen. Die "Sicherheitskooperation Ost" werden wir ausbauen und setzen uns für regelmäßige Austauschformate der Polizeien ein. Auch im Bereich Prävention stehen wir für eine länderübergreifende Zusammenarbeit.



Frage 5: Welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Förderung einer besseren länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung für die nächste Legislaturperiode?



Die Polizei Sachsen könnte ganz erheblich von Synergieeffekten profitieren, die sich aus dem großen Trend der Digitalisierung ergeben: die länderübergreifende Vereinheitlichung von Fachverfahren, der vereinfachte Datenaustausch durch standardisierte Schnittstellen bis hin zur Bündelung gemeinsamer IT-Infrastrukturen. Nach Auffassung der Partei Die Linke ist – anders als oft behauptet – der Datenschutz dafür keine undurchlässige Hürde. Vielmehr sind einheitliche Datenschutzregeln, wie sie mit der DSGVO sogar europaweit gelten, eine notwendige Voraussetzung zum länderübergreifenden Informationsaustausch. Allerdings fehlt dem Freistaat Sachsen auch eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung, in der Praxis entsteht ein Flickenteppich aus meist teuren Insellösungen. Zudem zeigt ausgerechnet ein Großprojekt wie das Gemeinsame Kompetenz- und Dienstleistungszentrum in Leipzig, wie man es nicht macht – das GKDZ hätte schon längst im Wirkbetrieb sein müssen. Hier sind die Zuständigen gefragt, gerade im länderübergreifenden Austausch dazuzulernen. Die Polizei selbst ist da sicherlich schon weiter.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 5: Welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Förderung einer besseren länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung für die nächste Legislaturperiode?



Kriminalität macht nicht an den Grenzen der Bundesländer halt. Deswegen wollen wir BÜNDNISGRÜNE vor allem in Fällen von organisierter Kriminalität und Wirtschafts- und Steuerkriminalität die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern stärken sowie, unter Beachtung datenschutzrechtlicher Rahmenbedingungen, vor allem die länderübergreifenden Sicherheitskooperationen auch im Bereich der Prävention stärken. Dazu gilt es insbesondere die bestehenden Kooperationen, wie die bestehende „Sicherheitskooperation Ost“ weiterentwickeln.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 5: Welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Förderung einer besseren länder-übergreifenden Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung für die nächste Legislaturperiode?

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

Sofern dies die Kriminalitätsbekämpfung verbessert, stehen wir dem aufgeschlossen gegenüber



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 5: Welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Förderung einer besseren länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung für die nächste Legislaturperiode?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

**Freie  
Demokraten**  
**FDP**

**AfD**  




Frage 6: Welche Ziele verfolgt Ihre Partei für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung auf EU-Ebene?



Als Landespartei haben wir grundsätzlich eine begrenzte Wirkmacht auf die Entwicklungen auf europäischer Ebene. Für uns sind aber drei Aspekte zentral: Erstens – und für uns prioritätär – setzen wir uns für eine Beibehaltung und bestenfalls Verfestigung der Grenzkontrollen ein. Sie haben im Kampf gegen illegale und europäisch agierende Schleuser nachweisbar, sichtbar und unmittelbar Wirkung gezeigt. Innenministerin Nancy Faeser muss sich gegenüber der EU-Kommission dafür einsetzen, die Grenzkontrollen zu notifizieren. Zweitens befürworten wir alle Anstrengungen und Maßnahmen, die zu einer Stärkung von EUROPOL als europäische Verbindungs- und Koordinierungsstelle führen. Insbesondere mit Blick auf die zunehmende Gefahr in den Bereichen der Cyberkriminalität und des Terrorismus müssen wir sicherstellen, dass EUROPOL über allen nötigen Kapazitäten verfügt. Drittens ist es aus unserer Sicht zentral, Informationssysteme besser miteinander zu vernetzen und ihre Interoperabilität zu erhöhen. Eine Zusammenführung von bisher getrennten Daten in EURODAC, dem Schengener Informationssystem (SIS) sowie des Europol-Informationssystems (EIS) würde sich auch im Freistaat positiv auswirken.



Frage 6: Welche Ziele verfolgt Ihre Partei für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung auf EU-Ebene?



Sachsen liegt im Herzen Europas und deshalb hat für uns die internationale, vor allem europäische Kriminalitätsbekämpfung einen großen Stellenwert. Die bereits existierende Zusammenarbeit zwischen den Polizeibediensteten Sachsens, Polens und Tschechiens wollen wir verstärken und mittels gemeinsamer Revierprojekte und Austauschformate ausbauen. Der Austausch soll in Aus- und Fortbildung ebenso mehr Raum bekommen, indem wir Erasmus+ für Ausbildung und Studium sowie ähnliche Formate in der Fortbildung einführen. Sprachkompetenzen sollen durch entsprechende Angebote gestärkt werden und die Diversität der sächsischen Polizei durch mitteleuropäische Anwerbung ausgebaut werden. EUROPOL und auch das PTAZ wollen wir für eine europaweite Kriminalitätsbekämpfung weiterentwickeln. Ähnlich zur europäischen Staatsanwaltschaft setzen wir uns für die europäische Institutionalisierung im polizeilichen Bereich ein.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 6: Welche Ziele verfolgt Ihre Partei für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung auf EU-Ebene?



Für die Partei Die Linke ist es ein vordringliches Ziel, zur Ermittlung und Bekämpfung von kriminellen Unternehmenspraktiken und insbesondere von Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, Geldwäsche und Korruption eine europäische Finanzpolizei aufzubauen. Gerade besonders „kapitalkräftige“ Tätergruppen dürfen nicht länger einen Vorteil daraus ziehen können, ihre Finanzströme beliebig umzuleiten oder sich persönlich der Verantwortung zu entziehen, indem sie rasch das Land wechseln.



Frage 6: Welche Ziele verfolgt Ihre Partei für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung auf EU-Ebene?



Kriminalität macht nicht an den Landesgrenzen halt. Deswegen ist für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung auch jenseits nationaler Grenzen zunächst eine Stärkung der Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien elementar. Auf europäischer Ebene wollen wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN EUROPOL ausbauen und mit eigenen operativen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität ausstatten. Auch soll durch eine Weiterentwicklung des Informationssystems der Datenaustausch verbessert werden. Langfristig ist das Ziel, ein eigenes europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams aufzubauen. Die polizeiliche Zusammenarbeit soll durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-Teams gefördert werden und gemeinsame Zentren der Polizei in Grenzregionen aufgebaut werden. Zudem wollten wir den Erfahrungsaustausch von Bediensteten durch Austauschprogramme verstärken.



Frage 6: Welche Ziele verfolgt Ihre Partei für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung auf EU-Ebene?

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

Kriminelle Akteure sind zum Teil längst weltweit vernetzt und organisiert. Hier kommt eine förderale und einzelstaatliche Bekämpfung schnell an ihre Grenzen. Eine sinnvolle Zentralisierung und europäische Orientierung sind in manchen Deliktbereichen deshalb zwingend erforderlich.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 6: Welche Ziele verfolgt Ihre Partei für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung auf EU-Ebene?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

Freie  
Demokraten  
**FDP**

AfD  




Frage 7: Welche Anforderungen sollen Ihrer Meinung nach eine verwendungsorientierte und modular angelegte Ausbildung und Spezialisierung in die derzeitige an- und bevorstehende Hochschulreform inkludiert sein?



Polizistinnen und Polizisten müssen in ihrem Arbeitsalltag heute anderen Anforderungen gerecht werden als noch vor einigen Jahren: Sie sind zunehmend „ganzheitlich“ gefordert. Entsprechend sahen und sehen wir den größten Bedarf in einer stärkeren praktischen Ausrichtung der Ausbildung bzw. des Studiums und der Vorbereitung auf technische, aber auch gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Die politische Wirklichkeit wird komplexer, was sich auch in gesellschaftlichen Konflikten widerspiegelt. Aus diesem Grund ist uns die Stärkung von Handlungskompetenzen wichtig, die wir durch einen höheren Praxisanteil in Kombination mit einer stärkeren Fokussierung auf politische Bildung erreichen wollen. Die zunehmende Spezialisierung des polizeilichen Gegenübers betrifft dabei alle drei Säulen der polizeilichen Arbeit (Kriminalpolizei, Schutzpolizei, Verkehrspolizei). Aus unserer Sicht ist die derzeitige Ausgestaltung der Ausbildung als generalisiertes Studium daher am besten geeignet, diesen Anforderungen gerecht zu werden, da sie zum Perspektivwechsel befähigt. Grundsätzlich folgen wir dem Bild des Polizeiberufs als Erfahrungsberuf, und damit der Auffassung, dass das (breite) Sammeln von Erfahrungen auch eine Form der Spezialisierung ist.



Frage 7: Welche Anforderungen sollen Ihrer Meinung nach eine verwendungsorientierte und modular angelegte Ausbildung und Spezialisierung in die derzeitige an- und bevorstehende Hochschulreform inkludiert sein?



Die Anforderungen an gute Polizeiarbeit unterliegen gesellschaftlicher Entwicklung und Krisen sowie neue Phänomenbereiche haben darauf einen enormen Einfluss. Die Ausbildung und Fortbildung werden damit nicht nur von polizei-technisch-fachlichen Kompetenzen bestimmt, sondern auch durch gesellschaftspolitischen, sozialen, kriminologischen, rechtlichen und psychologischen Wissenserwerb. Durch die Fachhochschule der Polizei Sachsen und die dazugehörigen Polizeifachschulen werden die künftigen Fach- und Führungskräfte der sächsischen Behörden aus- und fortgebildet. Damit diese Qualifikation für die Bediensteten auch zu bewältigen ist, braucht es Reflexion über die Lehrinhalte seitens des Dienstherrn und der Hochschule. Die Qualität der Lehre und Forschung bauen wir unter diesen sich ständig aktualisierenden Anforderungen aus und sorgen für eine angemessene Ausstattung der Standorte. Für die SPD setzt dies voraus, dass sowohl professorale Stellenbesetzungen als auch polizeiliches Lehrpersonal gewonnen und gehalten wird und dass die bestehenden Ausbildungsstandorte ertüchtigt werden. Die Hochschule der Polizei unterstützen wir bei ihrer Reform und Fortentwicklung und setzen uns in Anerkennung der staatsnahen Ausbildung für die für eine moderne Polizeiarbeit ebenso wichtige Wissenschaftsfreiheit ein.



Frage 7: Welche Anforderungen sollen Ihrer Meinung nach eine verwendungsorientierte und modular angelegte Ausbildung und Spezialisierung in die derzeitige an- und bevorstehende Hochschulreform inkludiert sein?



Die (noch) aktuelle Landesregierung hatte die Modernisierung der Polizeiausbildung als Ziel im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Wesentlicher Schritt dieser Modernisierung war die Umstellung des Curriculums an der PolFH, und damit einher ging die Entscheidung gegen eine sogenannte Y-Ausbildung. Aus Sicht der Partei Die Linke war diese Entscheidung nicht optimal. Die jetzige „generalistische“ Ausbildung, die auf eine maximale Verwendungsbreite zielt, geht zu lasten einer frühzeitigen Spezialisierung. Und mit der Etablierung von Sonderlaufbahnen wird diese Spezialisierung jetzt doch wieder eingeführt. Unsere zentrale Forderung für die weitere Entwicklung ist, der verwendungsorientierten und praxisnahen Ausbildung größeren Raum zu geben. Insbesondere muss es ermöglicht werden, während der Ausbildung mehr Praktika und sogenannte informatorische Verwendungen vorzunehmen. Nur auf diese Weise können angehende Polizistinnen und Polizisten alltagsnah erfahren, wie ihre Interessen und Fähigkeiten bestmöglich zur Geltung kommen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere Spezialisierung.



Frage 7: Welche Anforderungen sollen Ihrer Meinung nach eine verwendungsorientierte und modular angelegte Ausbildung und Spezialisierung in die derzeitige an- und bevorstehende Hochschulreform inkludiert sein?



Polizist\*innen sind die sichtbarsten Exponent\*innen des staatlichen Gewaltmonopols – und dadurch in gesellschaftlichen Transformationsprozessen vor enorme Herausforderungen gestellt. Daher muss aus BÜNDNISGRÜNER Sicht ein Augenmerk nicht nur auf die fachliche Ausbildung der Bediensteten gelegt werden. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten, deren Festlegung bei den zuständigen Expert\*innen und der Polizeihochschule selbst richtig angesiedelt ist, wollen wir vor allem die demokratische Resilienz der Polizist\*innen stärken und das Bewusstsein für die Rolle der Polizei in einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat schärfen. Entsprechend wollen wir die politische und demokratische Bildung in der Polizeiausbildung weiter ausbauen. Ebenso erachten wir es als notwendig, stärker als bisher Aspekte von Kommunikation in der Ausbildung zu verankern.



Frage 7: Welche Anforderungen sollen Ihrer Meinung nach eine verwendungsorientierte und modular angelegte Ausbildung und Spezialisierung in die derzeitige an- und bevorstehende Hochschulreform inkludiert sein?

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

Die Aus- und Fortbildung der Polizei ist die Grundlage für professionelles Handeln. Polizisten müssen universell ausgebildet sein. Dadurch erlangen sie das für die Laufbahn erforderliche Querschnittswissen. In einer verwendungsorientierten und modular angelegten Ausbildung sehen wir deshalb ein Risiko, welches es gründlich abzuwägen gilt. Eine Spezialisierung kann berufsbegleitend erfolgen und ist dann Sache der Fortbildung.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 7: Welche Anforderungen sollen Ihrer Meinung nach eine verwendungsorientierte und modular angelegte Ausbildung und Spezialisierung in die derzeitige an- und bevorstehende Hochschulreform inkludiert sein?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

**Freie  
Demokraten**  
**FDP**





Frage 8: Worin sollen Ihrer Meinung nach Maßnahmen und Projekte auf kommunaler Ebene bestehen, die geeignet sind, das Begehen von Straftaten zu vermindern, Zivilcourage zu fördern und damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern?



Die Präsenz von Bürgerpolizisten hat sich im Freistaat als Instrument der Prävention seit Jahrzehnten bewährt und ist ureigene CDU-Politik: Sie stehen als Ansprechpartner in den Gemeinden und Kommunen für Bürgernähe und den direkten Kontakt vor Ort; die Begehung von Straftaten wird durch die Anwesenheit von Bürgerpolizisten unwahrscheinlicher. Bürgerpolizisten stärken das ohnehin hohe Vertrauen in die sächsische Polizei und tragen zu einer Entlastung der sächsischen Beamten bei. Aus all diesen Gründen werden wir die Anzahl der Bürgerpolizisten verdoppeln und so ihre Präsenz in der Fläche steigern – insbesondere auch in den vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen. Zudem erachten wir die Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm) als einen wichtigen Baustein und erkennen die Bedeutung Kommunaler Präventionsräte für die örtliche Sicherheitsarchitektur an.



Frage 8: Worin sollen Ihrer Meinung nach Maßnahmen und Projekte auf kommunaler Ebene bestehen, die geeignet sind, das Begehen von Straftaten zu vermindern, Zivilcourage zu fördern und damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern?



In den letzten Jahren ist die Kriminalität im Freistaat Sachsen weiter gesunken. Dem dennoch vorhandenen Unsicherheitsgefühl und der Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung wollen wir mit einer deutlich sichtbaren Präsenz der Landespolizei, Präventionsprogrammen von Freistaat und Kommunen sowie der Bereitstellung aussagekräftiger Informationen und phänomenspezialen Kampagnen begegnen. Für eine evidenzbasierte Diskussionsgrundlage setzen wir den sächsischen Periodischen Sicherheitsbericht fort. Auch die Programme für kommunale Kriminalprävention und Sicherheitskooperationen führen wir weiter. Die Zahl der Bürgerpolizist:innen wollen wir erhöhen. Schließlich setzen wir uns für eine starke Zivilgesellschaft ein, die Haltung zeigt und von kommunalen wie polizeilichen Akteuren als Partner auf Augenhöhe und mit wichtiger Expertise verstanden wird.



Frage 8: Worin sollen Ihrer Meinung nach Maßnahmen und Projekte auf kommunaler Ebene bestehen, die geeignet sind, das Begehen von Straftaten zu vermindern, Zivilcourage zu fördern und damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern?



Die kommunale Ebene ist für die Bürgerinnen und Bürger die wichtigste Schnittstelle zum Staat. Es ist auch die Ebene, auf der aktive Mitgestaltung, soziale Partizipation und demokratisches Engagement im Alltag möglich sind. Ein derart lebendiges Gemeinwesen ist die bestmögliche Stärkung des Sicherheitsempfindens und ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Kriminalprävention. Ein gleichfalls wichtiger Ansatz zur Stärkung insbesondere der kommunalen Kriminalprävention sind Sicherheitspartnerschaften, wie sie in Sachsen im Rahmen der Allianz Sichere Sächsische Kommunen geschlossen werden. Wir treten dafür ein, diesen Ansatz auszubauen und dabei möglichst viele Akteurinnen und Akteure der lokalen Zivilgesellschaft einzubeziehen. Der Polizei kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Denn nicht zuletzt hängt das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung davon ab, dass sie wieder stärker in der Fläche präsent ist – außerhalb von sogenannten Brennpunkten, bürgerlich und „auf Augenhöhe“ ansprechbar.



Frage 8: Worin sollen Ihrer Meinung nach Maßnahmen und Projekte auf kommunaler Ebene bestehen, die geeignet sind, das Begehen von Straftaten zu vermindern, Zivilcourage zu fördern und damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern?



Zu Förderung von Zivilcourage braucht es auch eine starke Zivilgesellschaft. Denn die Sicherheitsbehörden alleine können bestehende Sicherheitsprobleme nicht lösen. Gerade auch bei der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität ist eine starke Zivilgesellschaft, die sich antidemokratischen Entwicklungen entgegenstellt elementar, um deren Erstarkung und Verfestigung zu verhindern. Zu Förderung von Zivilcourage braucht es auch eine starke Zivilgesellschaft. Denn die Sicherheitsbehörden alleine können bestehende Sicherheitsprobleme nicht lösen. Gerade auch bei der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität ist eine starke Zivilgesellschaft, die sich antidemokratischen Entwicklungen entgegenstellt elementar, um deren Erstarkung und Verfestigung zu verhindern.



Frage 8: Worin sollen Ihrer Meinung nach Maßnahmen und Projekte auf kommunaler Ebene bestehen, die geeignet sind, das Begehen von Straftaten zu vermindern, Zivilcourage zu fördern und damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern?

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

Wir sehen dazu gute Ansätze in der Praxis der kommunalen Präventionsräte. Deshalb wollen wir diese Instrumente stärken und laufend optimieren.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 8: Worin sollen Ihrer Meinung nach Maßnahmen und Projekte auf kommunaler Ebene bestehen, die geeignet sind, das Begehen von Straftaten zu vermindern, Zivilcourage zu fördern und damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

Freie  
Demokraten  
**FDP**





Frage 9: Wie unterstützen Sie die Herausforderungen der Sicherheitsbehörden sowie die Unsicherheit in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesregierung zum kontrollierten Umgang mit Cannabis?



Als Sächsische Union haben wir sehr deutlich gemacht, dass wir das Cannabisgesetz für falsch und in seinen Auswirkungen für fatal halten. Auch haben wir angesichts des erwartbaren Kriminalitätsanstiegs und der Folgen des Gesetzes für die Verkehrssicherheit stets auf den steigenden Erfüllungsaufwand für die sächsische Polizei hingewiesen – und werden das auch weiterhin tun. Wir erwarten keinen Rückgang des illegalen Handels – sondern im Gegenteil seinen Anstieg. Das ist auch nicht zuletzt dadurch begründet, dass es bislang wenige Anmeldungen für Anbauvereine, aber einen weit hin wahrnehmbaren Konsum gibt. Grundsätzlich müssen aber nun alle Akteure mit dem neuen Gesetz und unter Nutzung bestehender Ressourcen mit dem gestiegenen Erfüllungsaufwand umgehen. Wir sehen hier die Bundesregierung in der Pflicht, auf die Herausforderungen zu reagieren und das Gesetz bestenfalls zurückzunehmen. Im Freistaat Sachsen werden wir auf eine konsequente Anwendung des Bußgeldkatalogs hinwirken und gleichzeitig als Sächsische Union mit klarer Kommunikation weiterhin auf die Folgen des neuen Gesetzes hinweisen. Zentral ist für uns außerdem, dass die Kollegen im Dienst jederzeit Handlungssicherheit haben. Hierzu braucht es verständliche und anwendbare Erlasse mit klaren Vorgaben der Handhabung.



Frage 9: Wie unterstützen Sie die Herausforderungen der Sicherheitsbehörden sowie die Unsicherheit in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesregierung zum kontrollierten Umgang mit Cannabis?



Die SPD hat sich im Bund für die Legalisierung von Cannabis stark gemacht und auch in Sachsen sind wir davon überzeugt, dass die Prohibition keinen Erfolg hatte. Die rechtliche Neuregelung steht in der Praxis noch am Anfang und gerade weil einige Fragen noch offen sind, werden wir uns dafür einsetzen, dass die neuen Aufgaben durch die Sicherheitsbehörden bewältigbar sind und die Menschen in Sachsen auf diese Entscheidung vertrauen können. Abstandsgebote zu Orten mit schutzbedürftigen Gruppen können digitalisiert erfasst und die Handhabung des Cannabisgesetz durch ein zügig aufzustellendes und breites Schulungsangebot rechtssicher gewährleistet werden. Als SPD stehen wir weiterhin für die Stärkung der Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe. Wichtig sind uns dabei schnelle und zuverlässige Hilfesysteme für betroffene Jugendliche und Kinder. Cannabis muss unter staatliche Kontrolle gebracht werden, denn so werden wirksame Prävention und der Kampf gegen den Schwarzmarkt möglich.



Frage 9: Wie unterstützen Sie die Herausforderungen der Sicherheitsbehörden sowie die Unsicherheit in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesregierung zum kontrollierten Umgang mit Cannabis?



Die Partei Die Linke hat sich für die Freigabe von Cannabis unter kontrollierten Bedingungen eingesetzt, insofern befürworten wir die Entscheidung der Bundesregierung. Es ist ein konkreter Ausdruck der Selbstbestimmung erwachsener Menschen, über ihren Konsum – ebenso wie über ihren Nicht-Konsum – selbst bestimmen zu können. Die Möglichkeit, Zugang zu Cannabis unter kontrollierten Bedingungen zu erhalten, ist dem kriminellen Betäubungsmittelhandel aus unserer Sicht vorzuziehen. Das werden Sicherheitsbehörden nicht anders sehen. Dabei verharmlosen wir die Gefahren auch eines legalen Konsums keineswegs, denn mehr Freiheit in Anspruch zu nehmen heißt immer auch, mehr Verantwortung zu tragen, für sich selbst und auch für andere. Darauf setzen wir uns seit Jahren, ganz unabhängig von der Entscheidung der Bundesregierung, für verstärkte Aufklärungsarbeit zu den Risiken von Rauschmitteln und für Maßnahmen der Suchtmittelprävention ein. Durch diese sachgerechte Aufklärung ist es möglich, Verunsicherungen in der Bevölkerung abzubauen. Und es stärkt das Verantwortungsbewusstsein der Konsumierenden, sich beispielsweise berauscht vom Straßenverkehr fernzuhalten. Das muss selbstverständlich sein.



Frage 9: Wie unterstützen Sie die Herausforderungen der Sicherheitsbehörden sowie die Unsicherheit in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesregierung zum kontrollierten Umgang mit Cannabis?



Wir BÜNDNISGRÜNE stehen hinter der Legalisierung von Cannabis. Trotz der jahrelangen Verbotspolitik ist der Konsum stetig angestiegen. Daher braucht es – auch aus Jugend- und Gesundheitsschutzgründen – eine realitätstaugliche, fortschrittliche und menschliche Drogenpolitik. Dabei soll der Schwarzmarkt zurückgedrängt werden und eine Qualitätskontrolle ermöglicht werden. Nichtsdestotrotz erkennen wir, dass neue Aufgaben für die Sicherheitsbehörden auch neue Herausforderungen bergen. Besonders prominent ist dabei bislang das Messen des Abstands zu Orten, in deren Konsum der Umkreis verboten ist. Hier können wir uns vorstellen, mittels digitaler Möglichkeiten in bereits vorhandenen Übersichtskarten, Abstände zu markieren. Soweit es um die Kontrolle des Anbaus und der Abgabe geht, sind wir zuversichtlich, dass es durch ein entsprechendes Aus- und Fortbildungsangebot – ähnlich wie in anderen Bereichen – gelingen wird, den gesetzlichen Anforderungen Rechnung zu tragen.



Frage 9: Wie unterstützen Sie die Herausforderungen der Sicherheitsbehörden sowie die Unsicherheit in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesregierung zum kontrollierten Umgang mit Cannabis?

Global gesehen, haben wir realistische Zweifel an einer schnellen vollständigen Umsetzbarkeit des Gesetzes. Wir möchten deshalb, dass innerhalb der Sicherheitsbehörden jetzt schnell die erforderliche rechtliche Klarheit über die Anwendung des Gesetzes hergestellt wird. Das gilt vor allem für die Festlegung und für Ordnungskräfte bekannte Ausweisung der Verbotszonen. Die Polizei muss darüber hinaus schnell mit den erforderlichen geeichten Feinwaagen und der Technik zur Analyse der Drogenqualität ausgestattet werden. Außerdem sind die Beamten zu schulen, um handlungssicher aufzutreten zu können. Nicht zuletzt möchten wir eine verstärkte präventive Aufklärung der Bevölkerung, um einer möglichen Unsicherheit zu begegnen



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 9: Wie unterstützen Sie die Herausforderungen der Sicherheitsbehörden sowie die Unsicherheit in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesregierung zum kontrollierten Umgang mit Cannabis?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

**Freie  
Demokraten**  
**FDP**

**AfD**  




Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 10: Für Tarifbeschäftigte in der Kriminalpolizei bestehen z.T. aus tarifrechtlichen Gründen selten oder keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte zu schaffen?



Als CDU stehen wir an der Seite der (Kriminal-)Polizei. Die Zufriedenheit ihres Personals liegt uns am Herzen. Entwicklungsmöglichkeiten sind dabei für viele Beschäftigte ein wichtiger Anreiz, um in einem bestimmten Arbeitsfeld tätig zu werden. Angesichts der schwierigen Situation bei der Rekrutierung von neuem Personal spielt dies zukünftig eine noch wichtigere Rolle. Nicht nur deshalb stehen wir der Idee offen gegenüber, Weiterentwicklungsmöglichkeiten für tariflich Beschäftigte zu prüfen.



Frage 10: Für Tarifbeschäftigte in der Kriminalpolizei bestehen z.T. aus tarifrechtlichen Gründen selten oder keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte zu schaffen?



Mit Blick auf den demografischen Wandel in Sachsen gilt es, ausreichendes Bewerber:innenpotential für eine aufgabenorientierte Personalausstattung zu gewinnen. Dies erreichen wir durch gute Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Dienststellen und gerechte Tariflöhne, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und das aktive Anwerben von Arbeitskräften aus dem In- und Ausland. Zugleich müssen wir innovative Wege gehen, um mit weniger Arbeitskräften auszukommen. Dabei spielen Aufgabekritik und Digitalisierung eine wichtige Rolle. Wir wollen die Tarifbeschäftigte halten, denn wir brauchen sie. Wie das in den unterschiedlichen Bereichen der Polizei Sachsen am besten geht, werden wir in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und Personalräten beraten. Auch im Tarifbereich sind Weiterentwicklungen möglich, darüber hinaus bemisst sich die Attraktivität von Beschäftigungsverhältnissen häufig auch daran, wie beschäftigtenorientiert geführt wird und welche individuellen Möglichkeiten die Beschäftigten zur flexiblen und eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Tätigkeit erhalten. Als SPD unterstützen wir dabei Personalräte und Gewerkschaften, die auch in Sachsen mit ihrem Kampf für gute Arbeit schon viel erreicht haben.



Frage 10: Für Tarifbeschäftigte in der Kriminalpolizei bestehen z.T. aus tarifrechtlichen Gründen selten oder keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte zu schaffen?



Ja, denn die Tarifbeschäftigen sind ein unverzichtbarer Teil der Polizei Sachsen, ihre Bedeutung wird angesichts zunehmender Herausforderungen und des wachsenden Bedarfs nach Spezialistinnen und Spezialisten wohl auch noch steigen. Unsere Forderung nach guten Arbeitsbedingungen gilt also ausdrücklich auch für die „zivilen Berufe“ in der Polizei. Wo ihrer Attraktivität rechtliche Hürden entgegenstehen, muss die Politik bereit sein, diese Hürden auszuräumen. Für die Partei Die Linke ist die Entwicklung des Berufsbilds „Kriminalassistent“ eine plausible Option.



Frage 10: Für Tarifbeschäftigte in der Kriminalpolizei bestehen z.T. aus tarifrechtlichen Gründen selten oder keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte zu schaffen?



Die Personalentwicklung im Freistaat war schon in dieser Legislaturperiode einer der Schwerpunkte BÜNDNISGRÜNER Innenpolitik. Angeichts des demographischen Wandels und der absehbar zunehmenden Schwierigkeiten, geeignete Bewerber\*innen zu gewinnen, wollen wir unseren Fokus daher auf das Potential der bereits Beschäftigten legen. Dafür ist es wesentlich, auch die Tarifbeschäftigen in Blick zu nehmen und ihnen Weiterentwicklungsmöglichkeiten anzubieten. Das steigert nach unserer Überzeugung auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Über die genaue Ausgestaltung entsprechender Maßnahmenpakte gilt es in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften in der kommenden Legislaturperiode ins Gespräch zu kommen.



Frage 10: Für Tarifbeschäftigte in der Kriminalpolizei bestehen z.T. aus tarifrechtlichen Gründen selten oder keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte zu schaffen?

Wir setzen uns dafür ein, dass neben einer angemessenen personellen Ausstattung der Streifen- und Ermittlungsdienste auch die Polizeiverwaltung gestärkt wird, insbesondere im IT-Bereich. Für die Entwicklung der Verwaltungsbeamten und Angestellten müssen entsprechende beamtenrechtliche und tarifvertragliche Regelungen besser umgesetzt werden, so zum Beispiel zur Qualifizierung. Hier sehen wir auch die Personalräte der Polizei in der Pflicht, gemeinsam mit der Dienststelle Ausgestaltungsmöglichkeiten zu finden.



Bund Deutscher  
Kriminalbeamter  
Sachsen

Frage 10: Für Tarifbeschäftigte in der Kriminalpolizei bestehen z.T. aus tarifrechtlichen Gründen selten oder keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte zu schaffen?

Anfrage am 30.6.2024 gestellt - keine Antwort

Freie  
Demokraten  
**FDP**

**AfD**  
